

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Teilrentenmodell - Gesundheitswesen -
Arbeitszeitverkürzung - Währungspolitik - Weltbank

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1987) : Kurz kommentiert: Teilrentenmodell - Gesundheitswesen - Arbeitszeitverkürzung - Währungspolitik - Weltbank, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 10, pp. 485-486

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136324>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Teilrentenmodell

Schrittweiser Ausstieg

Das kürzlich von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) vorgestellte Teilrentenmodell, als ein Beitrag zur Flexibilisierung der Altersgrenze konzipiert, will sowohl den abnehmenden Beschäftigungsmöglichkeiten älterer Arbeitnehmer Rechnung tragen als auch der neueren medizinischen Erkenntnis, daß ein schrittweiser Ausstieg dem bisher üblichen schockartigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben vorzuziehen ist. Das Teilrentenmodell sieht vor, daß ein Arbeitnehmer, statt wie bisher im Alter von 63 Jahren in den Ruhestand zu gehen, bereits vom 60. Lebensjahr an seine Wochenarbeitszeit reduzieren kann. Der hieraus resultierende Lohnausfall wird durch eine Teilrente gemildert, bei deren Festsetzung die in der Übergangszeit verminderten Rentenbeiträge und die Verlängerung des Rentenbezuges durch Abschläge berücksichtigt werden, so daß für den Versicherungsträger Kostenneutralität gewahrt bleibt. Dem betroffenen Arbeitnehmer wird jedoch die Möglichkeit eingeräumt, durch Verlängerung seiner Lebensarbeitszeit bis zum Alter von 65 Jahren seine Rente dem unter dem Status quo erreichbaren Rentenniveau anzugleichen.

Das Teilrentenmodell der BfA rief in der Öffentlichkeit zunächst ein positives Echo hervor. Es läßt jedoch noch einige Fragen offen. Erst einmal wäre zu klären, ob es für diese Form der Flexibilisierung eine hinreichende Zahl von Interessenten gibt, zumal das durchschnittliche Renteneintrittsalter bereits unter 60 Jahre gesunken ist. Sodann wäre zu prüfen, ob das Modell die herrschende Tendenz zur vorzeitigen Verrentung umkehren kann, um dadurch die Rentenfinanzen nachhaltig zu entlasten. Allerdings wird sich die Tragfähigkeit des Modells letztlich nur durch eine praktische Erprobung überzeugend nachweisen lassen. hn

Gesundheitswesen

Nebenkriegsschauplatz eröffnet

Zu der kaum noch überschaubaren Flut an Vorschlägen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen hat nun auch der Bundesverband der Pharma-Industrie sein Scherflein beigetragen: Ende September präsentierte er der Öffentlichkeit ein Positionspapier mit seinen

Ideen zur Senkung der Krankheitskosten – und fand ein überraschend breites und positives Presseecho. Sollte hier endlich eine der Anbietergruppen im Gesundheitsbereich über ihren Schatten gesprungen sein?

Die Vorschläge belehren den Betrachter schnell eines Besseren. Hier wird zunächst Altbekanntes wiederholt: Die Positivliste für Medikamente wird ebenso abgelehnt wie Preisverhandlungen zwischen den Krankenkassen und einzelnen Herstellern oder die längst überfällige Aufhebung des Aut-simile-Verbotes, die es dem Apotheker gestatten würde, sich zugunsten billigerer Alternativen über die ärztliche Rezeptur hinwegzusetzen. Daneben stehen einige Vorschläge, die auf Kostenverlagerung bzw. die Erschließung neuer Finanzierungsspielräume für die Kassen abzielen (so z. B. die Halbierung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel) oder die der Erschließung neuer Märkte für die Pharmaproduzenten dienen sollen (z. B. Erleichterung der Selbstmedikation).

Zumindest diskussionswürdig erscheint dagegen der Vorschlag, durch Zulassung von Preiswettbewerb im Apothekenbereich die sprichwörtlich gewordenen „Apothekerpreise“ zu senken. Eine solche Maßnahme setzt allerdings eine spürbare Selbstbeteiligung der Patienten an den Medikamentenkosten voraus – und es bleibt genau zu prüfen, ob diese sozialverträglich und gesundheitspolitisch unbedenklich gestaltet werden kann. Aber auch mit diesem Vorschlag eröffnet die Pharmaindustrie bei näherem Hinsehen nur einen Nebenkriegsschauplatz: Die hohen Arzneimittelpreise in der Bundesrepublik sind in erster Linie auf die im europäischen Vergleich überhöhten Herstellerpreise zurückzuführen, und erst in zweiter Linie auf die Gewinnspannen der Apotheker. Insgesamt bleibt es somit bei dem Eindruck, daß sich hier, dem Beispiel anderer Interessengruppen folgend, nur ein weiterer Bock im Gesundheitsbereich zum Gärtner hochstilisieren wollte. er

Arbeitszeitverkürzung

Kurswechsel im Baugewerbe

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung hat die IG Bau-Steine-Erden in den vergangenen Wochen bei den beginnenden Rahmentarifverhandlungen für das Baugewerbe einen Kurswechsel vorgenommen. Statt der bisher favorisierten Vorruhestandsregelung fordert sie nun eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Gleichwohl be-

harrt sie auf einer Verlängerung der gesetzlichen Regelungen zum Vorruhestand über das Jahr 1988 hinaus. Schließlich ist eine Verlängerung des Jahresurlaubs von derzeit 23 bzw. 26 Tagen (altersabhängig) auf 30 Tage in das Verhandlungspaket aufgenommen worden. Mit der Arbeitszeitverkürzung, insbesondere der der Wochenarbeitszeit, will die Baugewerkschaft tarifpolitische Anreize schaffen, um die Attraktivität der Bauberufe wieder zu erhöhen. Sorgen bereitet nämlich der Mangel nicht nur an Facharbeitern mittleren Alters, sondern auch an qualifizierten Nachwuchskräften, zumal die demographische Entwicklung in den kommenden Jahren zu schwächer besetzten Jahrgängen bei den Jugendlichen führt.

Daß nun aber gerade eine verkürzte Wochenarbeitszeit die Attraktivität der Bauberufe merklich erhöhen wird, ist unwahrscheinlich. Wichtiger ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Speziell Arbeitskräfte in Berufen mit einer hohen Branchenbindung benötigen sichere Arbeitsplätze – es sei denn, ihnen würde das höhere Arbeitsplatzrisiko durch entsprechend hohe Löhne ausgeglichen. Für eine solche Lösung ist der Spielraum bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage der Baubranche nicht vorhanden. Aber auch eine kostensteigernde Arbeitszeitverkürzung führt in die Sackgasse. Damit wird allenfalls die Attraktivität von Schwarzarbeit weiter erhöht.

dw

Währungspolitik

Alte Hüte in neuer Verpackung

Erfahrungsgemäß vergeht keine Jahrestagung von IWF und Weltbank, auf der nicht irgendein Vorschlag zur Verbesserung des Weltwährungssystems gemacht wird. Diesmal schlug US-Finanzminister Baker einen „Rohstoffpreis-Indikator“ vor, der als Frühwarnsystem inflationäre Gefahren signalisieren soll. Dieser als Korb verschiedener Rohstoffpreise (einschließlich des Goldpreises) zu konstruierende Indikator soll dann im Verein mit anderen üblichen ökonomischen Kennzahlen Grundlage politischer Entscheidungen werden.

Von einer Bindung der Währungen an einen solchen Warenkorb sprach Baker wohlweislich nicht, denn das käme einem modifizierten „Goldstandard“ gleich. So scheint die Intention der Amerikaner darin zu liegen, einen alten Hut in neuer Verpackung zu verkaufen: Die preisstabilen Länder mit Außenhandelsüberschüssen – wie die Bundesrepublik – sollen durch eine expansive Wirtschaftspolitik die hohen US-Außenhandelsdefizite verringern.

Unterstützung findet Baker bei seinem britischen Kollegen Nigel Lawson, der vorschlug, die ökonomischen Entwicklungen der sieben wichtigsten Länder zu mitteln, um dann den – wie auch immer gewichteten – Durchschnitt zur Zielgröße für alle zu erklären. Lawsons Ziel: Das Wechselkurssystem solle flexibel bleiben, aber nur innerhalb bestimmter Zielzonen. Auch dies ist nicht neu und macht im Moment hauptsächlich für Großbritannien und die USA Sinn, wenn die preisstabilen Überschußländer mit starker Währung diesen Mittelwert unterschreiten und daraufhin einseitig auf Expansionskurs gehen würden. Daß dies alles politisch unrealistisch ist, ist sicher auch Baker und Lawson bekannt. Immerhin haben die beiden Politiker ihren Auftritt gehabt – und mehr sollte es wohl auch nicht sein.

ww

Weltbank

Widerstand gegen Kapitalerhöhung

Wenige Tage vor der diesjährigen Tagung der Weltbank und des IWF haben die USA einer Kapitalerhöhung bei der Weltbank zugestimmt. Die letzte allgemeine Kapitalerhöhung erfolgte im Jahre 1981. Seitdem hat sich der Kapitalzufluß in die Entwicklungsländer kontinuierlich reduziert. Der Kapitalbedarf dieser Länder hat dagegen im Zuge der Verschuldungskrise weiter zugenommen. Viele Industrie- und Entwicklungsländer haben daher seit längerem eine starke Kapitalerhöhung der Bank gefordert. Vorgesehen wurde eine Aufstockung um 50 bis 100 %, d. h. um einen Betrag von 40 bis 80 Mrd. US \$. Die jährlichen Kreditzusagen der Weltbank liegen zur Zeit bei 14,2 Mrd. US \$. Mit der vorgesehenen Kapitalerhöhung könnten die als angemessen betrachteten jährlichen Zusagen der Weltbank in Höhe von 17 bis 20 Mrd. US \$ verwirklicht werden.

Die USA als Hauptkapitalgeber hatten bisher keine Notwendigkeit für eine Kapitalerhöhung gesehen. Mit der nun erfolgten Zusage der US-Administration können die Verhandlungen über Höhe und Modalitäten der Kapitalerhöhung begonnen werden. Der eigentliche Widerstand gegen eine allgemeine Kapitalerhöhung kommt jedoch vom US-Kongreß, der dem von den USA gezeichneten Anteil zustimmen muß. Der US-Kongreß ist protektionistisch orientiert und befürchtet, daß mit der Kreditvergabe der Weltbank in den Entwicklungsländern weitere Exportindustrien entstehen, die die amerikanische Industrie bedrohen. Aus diesem Grunde dürfte die Kapitalerhöhung nicht so zügig unter Dach und Fach gebracht werden können wie im Jahre 1981.

rsh